



Betriebsprüfung

DURCH DIE DEUTSCHE
RENTENVERSICHERUNG
BUND (DRV)

Rechtliche Grundlagen

§28p SGB IV

Alleinverantwortlichkeit der Rentenversicherungsträger

§ 42 f Abs. 4 EStG

auf Verlangen des AG können die Außenprüfungen FA und Träger der RV zeitgleich durchgeführt werden

§28p Abs. 1a SGB IV i.V.m. § 35 Abs. 1 Satz 2 KSVG

Erweiterung des Prüfauftrags um die KSK

§166 Abs. 2 SGB VII i.V.m. § 28p Abs. 1b SGB IV

Prüfung der Unternehmen zur Unfallversicherung

Zuständigkeit

Es darf nur ein RV-Träger prüfen, diese haben sich daher abzustimmen.

Der Arbeitgeber hat hier kein Mitbestimmungsrecht.

Allgemeine Zuständigkeit ergibt sich aus der Endziffer der Betriebsnummer, örtliche Zuständigkeit richtet sich nach dem Sitz der Lohn- und Gehaltsabrechnungsstelle des Arbeitgebers.

DRV Knappschaft-Bahn-See prüft Sonderbereiche (knappschaftlich rentenversicherungspflichtigen AN, seemännisch Beschäftigte, einschließlich der See-UV, Unternehmen der Binnenschifffahrt und der Bahnversicherung)

Landwirtschaftliche Krankenkassen sind mit der Prüfung der bei ihnen versicherten mitarbeitenden Familienangehörigen in landwirtschaftlichen Betrieben zuständig.

Zuständigkeit

BETRIEBSNUMMER-ENDZIFFER

ZUSTÄNDIGER RV-TRÄGER

0 bis 4..... DRV Bund

5 bis 9..... DRV Regionalträger

Knappschaftlich versicherte AN,
seemännisch Beschäftigte,
Beschäftigte der Bahn..... DRV Knappschaft Bahn-See

Mitarbeitende in der Landwirtschaft..... Landwirtschaftliche Krankenkassen

Grundlagen

Prüfungsintervall

Mindestens alle 4 Jahre – auf Wunsch des AG auch kürzere Abstände möglich (zur Vermeidung erheblicher Beitragsnachforderungen bei Einsatz neuer Abrechnungssoftware oder bei unklaren Sachverhalten sowie komplexen Sachverhalten aus LSt-Haftungsbescheiden)

Sofortprüfungen (Ad-hoc-Prüfungen) können von Krankenkassen ausgelöst werden. Sie unterrichten den RV-Träger, wenn sie eine Prüfung für erforderlich halten. Diese Prüfung wird unverzüglich, spätestens einen Monat nach Mitteilung über die Notwendigkeit einer Ad-hoc-Prüfung beim RV-Träger, durchgeführt.

Grundlagen

Gründe für eine Sofortprüfung:

- Eröffnung oder Abweisung eines Insolvenzverfahrens
- Anderweitige Betriebsschließungen (außer saisonbedingte)
- Anzeigen im Rahmen der Schwarzarbeitsbekämpfung durch Zollbehörden, Staatsanwaltschaft, Finanzbehörden
- Fehlende Beitragsnachweise für mehr als 12 Monate
- Vermutete Beitragshinterziehung in größerem Umfang, auch zur Unfallversicherung
- Auffällige Lohnschwankungen zur Unfallversicherung

Grundlagen

Ort der Prüfung

Arbeitgeber hat Wahlrecht, ob die Prüfung in seinen Geschäftsräumen, bei der Abrechnungsstelle (StB oder andere Stellen) oder beim RV-Träger durchgeführt werden soll.

Das Wahlrecht entfällt, wenn besondere Gründe vorliegen, die gegen eine Prüfung in den Geschäftsräumen des AG sprechen.

Grundlagen

Ankündigung der Prüfung

Prüfungsanordnung erhalten sowohl der AG als auch die Abrechnungsstelle.

Die Prüfanündigung ist kein anfechtbarer Verwaltungsakt – ein Widerspruch ist daher nicht möglich.

Bei Vorliegen besonderer Gründe (Verdacht auf Beitragshinterziehung) kann eine Prüfung ohne vorherige Ankündigung durchgeführt werden.

Grundlagen

Prüfzeiträume, Nachforderungszeiträume, Verjährung

Die Verjährung von Beitragsansprüchen gemäß §25 SGB IV muss beachtet werden. Sie ist für die Dauer einer Betriebsprüfung gehemmt. Die Verjährungshemmung beginnt mit dem Tag des Beginns der Prüfung und endet mit Bekanntgabe des Beitragsbescheids, spätestens jedoch nach Ablauf von 6 Monaten nach Abschluss der Prüfung.

Die Hemmung der Verjährung endet **nicht** automatisch 6 Monate nach Abschluss einer Prüfung, wenn

- Die Prüfung vom AG oder der beauftragten Stelle verschoben wurde
- Vom RV-Träger im Rahmen der Prüfung Nachermittlungen angestellt werden müssen

Wird die Prüfung länger als 6 Monate aus Gründen unterbrochen, die beim RV-Träger liegen (Krankheit des Prüfers, personelle Engpässe) ist die Hemmung der Verjährung nicht anzuwenden.

Grundlagen

Prüfgebiete

Betriebsprüfungen erstrecken sich über die gesamten Entgelt- und Finanzbuchhaltungsunterlagen.

Es werden auch die Versicherungsverhältnisse der freiwillig oder privat krankenversicherten AN zur RV und AV sowie die Zahlung der Pflichtbeiträge zur PV geprüft.

Für die Überprüfung der Zahlung freiwilliger KV-Beiträge ist die jeweilige KK ebenso zuständig wie für die Prüfung der Beitragszahlung aus Versorgungsbezügen.

Versicherungspflicht

Prüfungsschwerpunkt Versicherungspflicht

Prüfungsschwerpunkte sind nicht nur versicherungspflichtig gemeldete AN, sondern insbesondere

- Gesellschafter
- Freie Mitarbeiter und Honorarkräfte
- Sub-/Nachunternehmer
- Mitarbeitende Familienangehörige und Lebenspartner
- Leiharbeitnehmer
- Flexible Arbeitszeitregelungen/Altersteilzeitfälle
- Einstrahlung/Ausstrahlung/Entsendung
- Geringfügig/kurzfristig Beschäftigte einschließlich Abrufarbeitsverhältnisse
- Studenten, Praktikanten, Schüler, Rentenbezieher, AN nach Vollendung des Regelrentenalters, Beamte, Befreiung von der Versicherungspflicht
- Unständig Beschäftigte
- Alle Tatbestände der illegalen Beschäftigung und Schwarzarbeit

Statusfeststellung

Statusentscheidungen

Es kann von AG oder AN schriftlich eine Statusfeststellung beantragt werden, um Klarheit über den Versicherungsstatus zu erhalten. Zuständig: Clearingstelle der DRV Bund.

Statusanfragen sind nur außerhalb von Betriebsprüfungen zulässig. Wurde zum Zeitpunkt der Anfrage bereits eine Betriebsprüfung angekündigt, erfolgen Statusentscheidungen ausschließlich im Rahmen der Prüfung.

Wichtig!

Statusfeststellungsverfahren innerhalb eines Monats nach Tätigkeitsaufnahme = Versicherungspflicht tritt mit **Bekanntgabe** der Entscheidung der DRV ein.

Wird die Entscheidung erst im Rahmen einer Betriebsprüfung gefällt = Versicherungspflicht beginnt **stets rückwirkend** ab Beginn der Beschäftigung.

Statusfeststellung

Statusentscheidungen

Seit 04/2022 nur noch Entscheidungen über den Erwerbsstatus (Beschäftigung oder selbständige Tätigkeit) – keine Feststellung in den verschiedenen Zweigen der SV (Elementenfeststellung).

Die Bundesagentur für Arbeit ist an die Entscheidungen der Clearingstelle gebunden. Dies gilt auch für Entscheidungen im Rahmen einer Betriebsprüfung.

Entscheidungen der Krankenkassen können im Rahmen einer Betriebsprüfung geändert werden. Die Krankenkassen können diese Entscheidungen nicht anfechten und müssen die Prüfbescheide umsetzen und für den vollständigen Beitragseinzug sorgen.

Beiträge

Prüfung von Beitragsberechnung und Beitragsabführung

Aus dem Arbeitsentgelt berechnet sich der Gesamtsozialversicherungsbeitrag. Beitragsansprüche der Sozialversicherungsträger entstehen für gezahltes **und auch** geschuldetes Arbeitsentgelt (Phantomlohn).

Prüf Schwerpunkte Beitragsrecht

- Zeitliche Zuordnung der Arbeitsentgelte zu den Beschäftigungsmonaten
- Behandlung von laufendem und einmalig gezahltem Entgelt
- Geschuldete Arbeitsentgelte gem. Arbeitsvertrag, Tarifvertrag, Mindestlohn-Verordnungen/Gesetz, Arbeitnehmer-Entsendegesetz
- Berechnung der Pauschalbeiträge, korrekte Abgrenzung geringfügig und kurzfristiger Beschäftigungen

Beiträge

Prüfswertpunkte Beitragsrecht

- Beitragsrechtliche Behandlung pauschal versteuerter Bezüge sowie Rechtmäßigkeit pauschal versteuerter Tatbestände und Rechtzeitigkeit der Pauschalversteuerung
- Arbeitsentgelte im Niedriglohnbereich
- Dokumente, wie Antrag Befreiung RV-Pflicht, Erklärung AN zur Nichtanwendung der Gleitzone Regelung
- Behandlung von Entgelt bei flexibler Arbeitszeit und nach dem Altersteilzeitgesetz
- Verwendung von Arbeitsentgelt für Wertguthaben
- Verwendung von Arbeitsentgelt für bAV
- Beitragsberechnung bei Teillohnzahlungszeiträumen
- Kassenindividuelle Zusatzbeiträge
- Umsetzung gesetzlicher Änderungen im Prüfzeitraum

Umlagen

Die Betriebsprüfung umfasst auch eine Umlagenberechnung nach dem AAG sowie die Insolvenzgeldumlage.

Meldungen

Prüfung der Meldungen

Da aus den abgegebenen Entgeltmeldungen die einzelnen Sozialversicherungsträger Leistungen errechnen, wird die richtige und vollständige Abgabe aller Meldungen geprüft. Hierbei wird auch überprüft, ob Meldungen mit einem systemgeprüften Programm abgegeben wurden und ob fehlerhafte Meldungen aufgrund systemrelevanter Fehler erfolgten.

Die Abstimmung von Entgeltunterlagen und abgegebenen Meldungen umfasst

- Vergleich der beschäftigten AN mit den gemeldeten Versicherten
- Abstimmung gemeldeter Entgelte mit gezahlten Beiträgen
- Korrektheit der An-, Ab-, Unterbrechungs- und sonstigen Meldungen
- Meldungen für geringfügig und kurzfristig Beschäftigte

Meldungen

Auch geprüft wird die Zuordnung der AN zur gewählten KK sowie Beurteilung der KV-Pflicht oder -Freiheit im Zusammenhang mit der JAEG.

Im Rahmen von Betriebsprüfungen wird auch die Verpflichtung zur Abgabe der Sofortmeldung geprüft.

Wertguthaben

Prüfung Insolvenzschutz für Wertguthaben

Im Zusammenhang mit Wertguthaben wird geprüft:

- getroffene Vorkehrungen zum Insolvenzschutz
- Eignung gewählter Sicherungsmittel
- Höhe der Sicherungsmittel (eventuelle Unterschreitung um mehr als 30%)
- Umfang der Sicherungsmittel (inkl. im Wertguthaben enthaltener Gesamtsozialversicherungsbeitrag)

Wertguthabenvereinbarungen sind von Anfang an unwirksam, wenn zu den vorgenannten Punkten Prüfungsfeststellungen getroffen werden und keine Heilung erfolgt. **Kein** geeignetes Sicherungsmittel sind firmen- und konzerninterne Absicherungen.

Im Prüfbescheid wird vom Rentenversicherungsträger der auf das gesamte Wertguthaben zu zahlende Gesamtsozialversicherungsbeitrag ausgewiesen, der im Fall der Auflösung des Wertguthabens im Störfall zu zahlen wäre. Wird vom AG innerhalb von **2 Monaten** ein ausreichender Insolvenzschutz nachgewiesen, gilt die Wertguthabenvereinbarung von Anfang an als wirksam geschlossen.

Unwirksame Wertguthabenvereinbarungen sind dagegen aufzulösen – die entsprechenden Gesamtsozialversicherungsbeiträge werden nachgefordert.

Künstlersozialabgabe

RV-Träger prüfen auch die Erfüllung der Meldepflichten und die rechtzeitige und vollständige Entrichtung der Künstlersozialabgabe durch den AG.

Sie sind folglich für diese Prüfung nur zuständig, wenn der AG auch abhängig Beschäftigte hat.

(keine Mitarbeiter: KSK prüft selbst schwerpunktbezogen und branchenspezifisch)

Unfallversicherung

Die RV-Träger prüfen zur Unfallversicherung die Zuordnung des Entgelts zu den Gefahrenklassen und Gefahrtarifstellen. Außerdem wird die Beurteilung des unfallversicherungspflichtigen Entgelts sowie die Ordnungsmäßigkeit der UV-Jahresmeldung geprüft.

Der erstellte Prüfbericht wird an die Unfallversicherungsträger weitergeleitet, diese erstellen dann einen Prüfbescheid.

UV-Träger haben ein eigenes Prüfrecht, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass Entgelte nicht korrekt der entsprechenden Gefahrenklasse zugeordnet wurden.

Mitwirkungspflichten

Aufzeichnungs-/Auskunfts- und Mitwirkungspflichten im Rahmen der Prüfung

Der AG hat hinsichtlich der Beitragsentrichtung über alle Tatsachen Auskunft zu geben und Geschäftsbücher, Listen sowie weitere Unterlagen vorzulegen.

Die Auskunftspflicht nach §98 Abs. 1 SGB X umfasst

- Anzahl beschäftigter Personen und mitarbeitender Familienangehöriger
- Namen, Geburtsdaten und Anschriften der Personen
- Höhe der Arbeitsentgelte und sonstigen Bezüge
- Zeitpunkt der Zahlung der Bezüge
- Krankenkassenbeiträge

Mitwirkungspflichten

Eine Auskunfts- und Nachweispflicht betrifft auch Beschäftigungsverhältnisse, für die keine Beiträge zu entrichten sind.

Aufzeichnungen müssen von sachverständigen Dritten innerhalb einer angemessenen Zeit nachvollziehbar sein. Hier ist auf Vollständigkeit, Richtigkeit und zeitlicher Reihenfolge zu achten.

- **Achtung!** Eine Niederschrift der wesentlichen Arbeitsbedingungen sollte zu den Entgeltunterlagen genommen werden, da Ansprüche auf SV-Beiträge im Rahmen von Betriebsprüfungen nicht nur vom gezahlten, sondern auch aus dem arbeitsvertraglich geschuldeten Entgelt festgestellt werden. Fehlende Nachweise können zu Beweisnöten und somit zu Beitragsnachforderungen führen.

Mitwirkungspflichten

- *Vorsicht bei Abrufarbeitsverhältnissen!* Hier muss die Vereinbarung eine bestimmte Dauer der wöchentlichen und täglichen Arbeitszeit enthalten, da sonst von einer Arbeitszeit von 20 Stunden ausgegangen wird. Jeder Minijob wäre somit ein sv-pflichtiges Arbeitsverhältnis.

Werden die Aufzeichnungs-, Nachweis- und Mitwirkungspflichten verletzt, können weitreichende Folgen eintreten:

- Summenbeitragsbescheid wegen fehlender Beurteilungsmöglichkeit gemäß § 28f Abs. 2 SGB IV
- Bußgelder gemäß § 111 SGB IV (Verletzung der Aufzeichnungs- und Nachweispflichten) und gemäß § 98 Abs. 5 SGB X (Verletzung der Mitwirkungspflichten)
- Zwangsgeld gemäß Verwaltungsvollstreckungsgesetz

Mitwirkungspflichten

Zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Prüfung hat der AG angemessene Hilfe zu leisten. So sind Programme, Personal, Bildschirme usw. zur Verfügung zu stellen.

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, bei der Prüfung festgestellte Mängel zu beheben.

Der Prüfer ist berechtigt, auch Arbeitnehmerbefragungen durchführen und der Beschäftigte hat dem Versicherungsträger Auskunft zu erteilen bzw. Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

euBP

Die elektronisch unterstützte Betriebsprüfung (euBP) ist seit 01/2023 verpflichtend (Befreiungsmöglichkeit für Zeiträume bis 31.12.2026), was die Bereitstellung von Entgeltunterlagen angeht.

Bei der Prüfung benötigte Finanzbuchhaltungsdaten können nur mit Einverständnis des AG elektronisch einbezogen werden.

Auswertungen

Auswertung von Bescheiden und Berichten der Finanzbehörden

LSt-Haftungsbescheide sind hinsichtlich der Sozialversicherungspflicht auszuwerten und eventuell anfallende SV-Beiträge sind zum nächsten Fälligkeitstag an die Einzugsstelle abzuführen.

Bei SV-Prüfungen sind Bescheide und Prüfberichte der Finanzbehörden vorzulegen (umgekehrt auch).

Achtung! Keine Bindung der Sozialversicherung an Entscheidungen der Finanzverwaltung.

Wichtig:

LSt-Haftungsbescheide müssen innerhalb von 3 Monaten ausgewertet werden, sonst entstehen Säumniszuschläge. Es empfiehlt sich, beim Rentenversicherungsträger eine Betriebsprüfung abweichend vom Prüfturnus zu beantragen.

Nach der Prüfung

Widerspruch gegen Prüfbescheide der RV-Träger

Adressat ist immer der RV-Träger, nicht die Einzugsstelle.

Ein Widerspruch hat bezüglich der Zahlung von Beiträgen keine aufschiebende Wirkung. Zahlungen sind an die zuständige Einzugsstelle im Folgemonat des Bescheides, bis zum drittletzten Bankarbeitstag zu leisten. Diese Frist wird von der Einzugsstelle überwacht, da sonst ggf. Säumniszuschläge erhoben werden.

Nach der Prüfung

Säumniszuschläge

Die Erhebung von Säumniszuschlägen liegt nicht im Ermessen des RV-Prüfers, sondern richtet sich nach § 24 SGB IV.

Säumniszuschläge werden erhoben bei:

- Schwarzgeldzahlungen oder illegale Beschäftigung
- Nichtauswertung von Lohnsteuer-Prüfberichten
- Nichtberücksichtigung von früheren Beanstandungen bei Betriebsprüfungen
- Unterlassene Beitragszahlung nach Arbeitsgerichtsentscheidungen zu Zahlungsansprüchen an AN
- Voraussichtliche Beitragsschuld i.S.v. §23 SGB IV (Fälligkeit) wurde nicht gewissenhaft ermittelt
- Unterschiedliche Beurteilung identischer Sachverhalte

Nach der Prüfung

Die vorgenannten Punkte weisen auf einen bedingten Vorsatz hin – es wurde also **nicht unverschuldet** gehandelt.

Arbeitgeber, die ihre Beitragsverantwortung auf einen StB übertragen und dessen Handeln ohne Hinterfragen hinnehmen, kann trotzdem ein Verschuldensvorwurf treffen.

Bei Beitragsforderungen aufgrund einer Unterschreitung des Mindestlohns werden grundsätzlich Säumniszuschläge festgesetzt.

Nach der Prüfung

Informationspflicht an weitere Behörden

Die RV-Träger sind verpflichtet, Ordnungswidrigkeiten, die ihnen während einer Betriebsprüfung zur Kenntnis gelangen, den Behörden

- der Zollverwaltung,
- der Bundesagentur für Arbeit,
- den Finanzbehörden,
- den Krankenkassen,
- den zuständigen Behörden zum Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz,
- den Trägern der Sozialhilfe,
- den UV-Trägern und
- den Landesbehörden für Arbeitsschutz

bekanntzugeben.